

Nr.05/02 (nur öffentlicher Teil)

## N i e d e r s c h r i f t

### über die Sitzung des Rates der Stadt Oldenburg am Montag, 17.06.2002, im PFL

Anwesend:

#### vom Rat:

Oberbürgermeister Schütz	Ratsherr Mühlbradt
Bürgermeister Nehring	Ratsfrau Müller
Bürgermeisterin Eilers-Dörfler	Ratsherr Müller
Ratsherr Adler	Ratsfrau Multhaupt
Ratsfrau Ahrens-Strassberger	Ratsfrau Neumann
Ratsherr Bischoff	Ratsfrau Neumann-Gäßler
Ratsfrau Bockmann	Ratsherr Dr. Niewerth
Ratsfrau Bollerslev	Ratsherr Norrenbrock
Ratsfrau Burdiek	Ratsherr Dr. Pade
Ratsfrau Conty	Ratsherr Reck
Ratsfrau Dammers	Ratsherr Reinking
Ratsherr Danne	Ratsfrau Rohde-Breitkopf
Ratsfrau Diederich	Ratsfrau Rudolph
Ratsherr Drieling	Ratsfrau Scheibert
Ratsherr Ellberg	Ratsfrau Scheller
Ratsfrau Gayk	Ratsherr Schwartz
Ratsfrau Gerdes (bis TOP 5)	Ratsfrau von Seggern
Ratsfrau Flemming-Schneider	Ratsherr Siek
Ratsfrau Hartmann	Ratsherr Stratmann
Ratsherr Harzmann	Ratsherr Tambke
Ratsherr Hochmann	Ratsherr Thole
Ratsherr Kaps	Ratsherr Vahlenkamp (ab TOP 5)
Ratsherr Klarmann	Ratsfrau Würdemann
Ratsherr Dr. Knake	Ratsherr Zietlow
Ratsherr Krummacker	
Ratsfrau Lück	

#### von der Verwaltung:

Stadträtin Opphard	Ltd. Städt. Direktorin von Danckelman
Stadträtin Niggemann	Pressesprecher Krogmann
Leitender Baudirektor Kühl	Verw.-Angest. Jerke als Protokollführerin

#### Entschuldigt fehlen:

vom Rat:

Ratsfrau Dr. Niewerth-Baumann  
Ratsherr Rosenkranz

**Beginn der Sitzung:** 18.22 Uhr

**Ende der Sitzung:** 20.43 Uhr

#### Hinweis:

Mit Ausnahme der **beigefügten Anlagen 18 und 20** wurden die Vorlagen bereits zur Sitzung übersandt.

## Öffentlicher Teil

### **1. Feststellung der Beschlussfähigkeit**

Ratsvorsitzender Nehring eröffnet die Sitzung und stellt die ordnungsgemäße Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

### **2. Genehmigung der Tagesordnung**

Ratsvorsitzender Nehring schlägt vor, den Tagesordnungspunkt (TOP) 7.5.1 „Vertragliche Absicherung von Zuschüssen für den Sport im Verwaltungshaushalt“ abzusetzen, da der Sportausschuss diesen vertagt habe.

Die Tagesordnung wird mit dieser Änderung vom Rat einstimmig genehmigt.

### **3. Mitteilungen des Oberbürgermeisters**

- liegen nicht vor -

### **4. Einwohnerfragestunde**

- Einwohnerfragen liegen nicht vor -

### **5. Verzicht eines Ratsmitgliedes und Sitzübergang im Rat**

(Anlage 1)

Oberbürgermeister Schütz verliest das Schreiben von Ratsfrau Gerdes.

Frau Gerdes bedankt sich für die gute Zusammenarbeit im Rat und begründet ihren Entschluss mit beruflich starker Einbindung, die zu Beginn der Ratsperiode nicht absehbar gewesen sei.

Herr Oberbürgermeister Schütz bedankt sich für die Zusammenarbeit und überreicht einen Blumenstrauß.

Der Rat fasst folgenden Beschluss:

„Die Mitgliedschaft der Ratsfrau Wiebke Gerdes im Rat der Stadt Oldenburg (Oldb) endet am 17.06.2002 durch Verzicht“.

- einstimmig -

Oberbürgermeister Schütz teilt mit, dass, wenn ein Mitglied des Rates durch Verzicht den Ratssitz verliert, dieser gemäß § 44 Abs. 1 des Niedersächsischen Kommunalwahlgesetzes auf die nächste Ersatzperson des Wahlvorschlages übergehe, auf den die ausgeschiedene Person gewählt worden ist. Ersatzperson für Frau Wiebke Gerdes sei:

Herr Jan Vahlenkamp,  
Westeresch 2, 26125 Oldenburg

Nach kurzer Sitzungsunterbrechung teilt Stadträtin Niggemann als Wahlleiterin für die Kommunalwahl mit, dass Herr Vahlenkamp die Wahl angenommen habe.

Oberbürgermeister Schütz belehrt Ratsherrn Vahlenkamp, dass er der Amtsverschwiegenheit, einem Mitwirkungsverbot und einer besonderen Treuepflicht gegenüber der Stadt unterliege (§§ 25 bis 27 NGO). Im Anschluss verpflichtet er ihn durch Handschlag zur gewissenhaften und unparteiischen Erfüllung seiner Aufgaben.

Die Verwaltung übergibt Ratsherrn Vahlenkamp eine Textausgabe der Niedersächsischen Gemeindeordnung, einen Auszug aus der NGO zur Pflichtenbelehrung, ein Merkblatt des Gemeindeunfallversicherungsverbandes und ein Schreiben zum Versicherungsschutz sowie die Stadtrechtsammlung mit den wichtigsten Satzungen und Verordnungen der Stadt.

Ratsherr Vahlenkamp erklärt, dass er, um an der weiteren Sitzung teilnehmen zu können, auf die Einhaltung der Vorschriften über die Einberufung des Rates verzichte.

## **6. Umbesetzung von Ausschüssen und Gremien**

Anträge der SPD-Fraktion vom 13.06.2002 (Anlagen 2 und 3)

- einstimmig -

### **6 a Nachwahl für den Jugendhilfeausschuss**

Vorlagen-Nr: 02/0458 (Anlage 4)

- einstimmig -

Der Rat fasst folgende Beschlüsse:

## **7. Verwaltungsausschuss und Fachausschüsse**

### **7.1 Verwaltungsausschuss vom 03.06.2002 und 17.06.2002**

#### **7.1.1 Antrag CMO auf Änderung der Verordnung Kramermarktöffnung (1. statt 2. Sonntag)**

Vorlagen-Nr: 02/0426 (Anlage 5)

Ratsherr Klarmann wundert sich, dass dieser TOP offenbar ein „Selbstgänger“ werden solle, da es keinerlei Wortmeldungen gebe. Das Thema Sonntagsöffnung habe in der Vergangenheit immer zu heißen Debatten mit der SPD und FDP geführt. Vor dem Hintergrund der Praxis der Umlandgemeinden und auch dem Wunsch von Straßengemeinschaften nach Sonntagsöffnungen fordere er ein Gesamtkonzept für ein Verfahren, das die gesetzlichen Möglichkeiten voll ausschöpfen sollte. Dies solle in Abstimmung mit den relevanten Akteuren, insbesondere Kaufmannschaft und Gewerkschaften, erarbeitet werden.

Ratsherr Krummacker weist darauf hin, dass der TOP tatsächlich ein „Selbstgänger“ sei. Dies sei Ausdruck einer veränderten Politik, geprägt auch durch den neuen Oberbürgermeister. Auch er plädiere dafür, dass ein Gesamtkonzept als

Ratsvorlage erarbeitet werde und schlage dazu vor, hier dem neuen Ausschuss für Wirtschaftsförderung die Aufgabe zu übertragen.

Ratsfrau Diedrich erklärt, die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen sei grundsätzlich dagegen den Sonntag zu kommerzialisieren und werde sich nicht durch die Praxis des Umlandes beeinflussen lassen. Allerdings bestünden gegen die Verlegung der Sonntagsöffnung anlässlich des Kramermarktes vom 2. auf den 1. Sonntag aus pragmatischen Gründen keine Einwände.

Ratsherr Adler stellt klar, dass es nicht um weitere Sonntagsöffnungen gehe, sondern um eine Verschiebung, um den Mitarbeiterinnen und Mitarbeiterin im Einzelhandel den Besuch des Kramermarktumzuges zu ermöglichen. Grundsätzlich plädiere er dafür, den Sonntag arbeitsfrei zu belassen, wobei die PDS mit dieser Auffassung gemeinsam mit den Gewerkschaften und Kirchen konform gehe. Er sehe aber auch das Problem der Deregulierung durch das Umland, insbesondere das Verfahren des Landkreises Ammerland anlässlich der Landesgartenschau. Dazu habe die PDS die Verwaltung bereits um Intervention gebeten, wobei dieser Antrag im Verwaltungsausschuss abgelehnt worden sei. Dies sei bedauerlich.

Oberbürgermeister Schütz weist darauf hin, dass die Gewerkschaften der Verschiebung zugestimmt hätten. Was die Öffnungsstrukturen in Oldenburg betreffe, plädiere er dafür, Anträge nicht massiv abzublocken, sondern im Rahmen der gesetzlichen Möglichkeiten nach Lösungen zu suchen. Er habe bereits Herrn Thoms vom Einzelhandelsverband angesprochen, der zugesagt habe, sich in künftige Überlegungen einzubringen.

Ratsherr Dr. Knake erinnert daran, dass bereits im Rahmen der früheren Diskussionen zur Sonntagsöffnung deutlich geworden sei, dass sowohl die Arbeitgeber als auch die Arbeitnehmerseite prinzipiell gegen Sonntagsöffnungen seien. Allerdings sehe er, dass man auf das Verfahren des Umlandes reagieren müsse. Fast jeden Sonntag gebe es die Möglichkeit im Umland einzukaufen. Er befürchte, dass auch nach der Landesgartenschau keine große Änderung eintreten werde. Die Situation sei für den Oldenburger Einzelhandel unbefriedigend. Zwar habe die Diskussion im Verwaltungsausschuss gezeigt, dass es wohl keine rechtliche Handhabe gegen das Verfahren im Ammerland gäbe, allerdings könne er die weitere Abschöpfung der Kaufkraft nicht weiter wehrlos hinnehmen. Er plädiere dafür, durch den Ausschuss für Wirtschaftsförderung eine Strategie entwickeln zu lassen, die auch Möglichkeiten der Einflussnahme auf das Umland aufzeige.

Ratsvorsitzender Nehring lässt über die Verschiebung der Sonntagsöffnung anlässlich des Kramermarktes abstimmen:

- mehrheitlich bei zwei Enthaltungen -

#### 7.1.2 Außerplanmäßige Bewilligung in Höhe von 74.400,00 EUR für die Sanierung des Daches im Hallenbad Kreyenbrück

Vorlagen-Nr: 02/0465 (Anlage 6)

- einstimmig -

## **7.2 Haushalts- und Finanzausschuss vom 05.06.2002**

### **7.2.1 Aufnahme von Kommunalkrediten zur Umschuldung Vorlagen-Nr: 02/0400 (Anlage 7)**

- einstimmig -

### **7.2.2 Kapitalerhöhung bei der Verkehr und Wasser GmbH Vorlagen-Nr: 02/0347 (Anlage 8)**

- einstimmig -

## **7.3 Ausschuss für Stadtplanung und Bauen vom 06.06.2002**

### **7.3.1 Satzung über die Organisation und Abschottung der für die Statistik zuständigen Organisationseinheit (Statistikstelle) Vorlagen-Nr: 02/0330 (Anlage 9)**

- einstimmig -

### **7.3.2 Bebauungsplan N-607 C (nördlich Ekerstraße/Mittelkamp) Satzungsbeschluss Vorlagen-Nr: 02/0348 (Anlage 10)**

- einstimmig -

### **7.3.3 Veränderungssperre Nr. 56 (Cloppenburger Straße/Am Pulverturm) Satzungsbeschluss Vorlagen-Nr: 02/0407 (Anlage 11)**

- einstimmig -

### **7.3.4 Bebauungsplan S-740 (südlich Otto-Wels-Straße) Prüfung der Anregungen Satzungsbeschluss Vorlagen-Nr: 02/0386 (Anlage 12)**

- einstimmig -

## **7.4 Werksausschuss Abfallwirtschaftsbetrieb vom 12.06.2002**

### **7.4.1 Zweckvereinbarung über die gemeinsame biologische Abfallbehandlung zwischen dem Zweckverband Friesland/Wittmund und der Stadt Oldenburg (Oldb) Vorlagen-Nr: 02/0382 (Anlage 13)**

- einstimmig -

## **7.5 Sportausschuss vom 12.06.2002**

### **7.5.1 Vertragliche Absicherung von Zuschüssen für den Sport im Verwaltungshaushalt** Vorlagen-Nr: 02/0414, 02/0197 und 02/0268 (Anlage 14)

- abgesetzt -

## **8. Anträge der Fraktionen und Ratsmitglieder**

### **8.1 Respektierung richterlicher Unabhängigkeit bei der Kontrolle von Entscheidungen der Verwaltung durch das Verwaltungsgericht Oldenburg (PDS-Fraktion)**

(Anlage 15), ergänzendes Schreiben der PDS-Fraktion vom 06.02.2002 (Anlage 16), Vorlagen-Nr: 02/0468 (Anlage 17)

Ratsvorsitzender Nehring weist auf die Tischvorlage (**Anlage 18**) zu diesem TOP hin.

Ratsfrau Gayk begründet die Forderung der PDS, den TOP auf die Tagesordnung zu nehmen damit, dass der Fraktion bei der Lektüre des Protokolls der Aufsichtsratssitzung der städtischen Beschäftigungsförderungsgesellschaft Stellwerk vom 29.04.2002 Zweifel gekommen seien, ob die richterliche Unabhängigkeit respektiert werde. Sie verliest den Protokollauszug und wiederholt die sieben - an die Verwaltung gerichteten - Fragen, die bereits mit der Begründung des Antrages schriftlich übermittelt wurden (Anlage 16).

Ratsfrau Eilers-Dörfler führt aus, sie habe sich durch den PDS-Antrag nicht angesprochen gefühlt, bis am 07.06.2002 ein Redakteur der NWZ bei ihr angerufen und den Antrag mit einem Zitat aus dem Protokoll der Aufsichtsratssitzung von Stellwerk in Verbindung gebracht habe. Sie zeigt sich sehr verwundert, dass das Protokoll einer Aufsichtsratssitzung von Stellwerk in die Hände der Presse gelangt und für einen Bericht in der NWZ am 13.06.2002 verwendet worden sei, zumal das Protokoll erst einen Tag vorher genehmigt worden sei. Im Übrigen sei die PDS-Fraktion nicht im Aufsichtsrat Stellwerk vertreten. An den Rat und insbesondere an Herrn Adler gerichtet, verwahrt sie sich als Aufsichtsratsvorsitzende im Namen des gesamten Aufsichtsrates Stellwerk ausdrücklich gegen jeden Verdacht der Einflussnahme auf Gerichte, insbesondere auf das Oldenburger Verwaltungsgericht. Das im Protokollauszug kritisierte „aufklärende Gespräch mit den Verwaltungsrichtern“ sei vom Aufsichtsrat lediglich angedacht, längst noch nicht beschlossen und ziele - wenn es überhaupt stattfände - auf ein rein informelles Gespräch zum Austausch von Rechtspositionen mit den Verwaltungsrichtern ab. Die PDS-Fraktion unterstelle mit ihrem Antrag die Beeinflussbarkeit der Richter am Verwaltungsgericht. Dem Aufsichtsrat und Stellwerk hingegen ginge es bei der Überlegung um reinen Informationsaustausch. Zu den einzelnen Fragen der PDS-Fraktion verweist sie auf die Verwaltungsvorlage.

Ratsherr Adler vertritt die Auffassung, Frau Eilers-Dörfler versuche mit ihrem Vortrag den Schaden zu begrenzen. Er gehe durch die Klarstellung davon aus, dass kein generelles Gespräch mehr stattfinden werde, allenfalls bei entsprechendem Anlass Gespräche zu Einzelfällen. Informelle Gespräche seien in der gängigen Praxis, wenn überhaupt, nur auf Initiative der Gerichte erforderlich. Im Übrigen sehe er, wie auch ein Richter vom Verwaltungsgericht, mit dem er ge-

sprochen habe, keine ehrenrührige Behauptung in dem PDS-Antrag. Es sei selbstverständlich, dass sich Richter nicht beeinflussen ließen, allerdings sehe er in den Aussagen im Protokoll den Versuch der Einflussnahme, zumal daraus auch hervorgehe, dass bei negativen Urteilen generell die 2. Instanz eingeschaltet werden solle.

Oberbürgermeister Schütz verliert die Tischvorlage (Anlage 18). Er macht deutlich, dass die Stadt ihre Rechtspositionen, selbstverständlich nach eingehender Prüfung und Berücksichtigung der jeweiligen Urteilsbegründungen, durch die Ausnutzung der weiteren Rechtswege, künftig schneller umsetzen werde.

## **8.2 Verkehrsversuch Einbahnregelung Theaterwall (CDU-Fraktion)** (Anlage 19)

Ratsherr Stratmann fordert auf, Mut zu zeigen, den Verkehrsversuch Einbahnregelung umgehend einzustellen, obwohl alle Fraktionen ihn beschlossen haben. Zwar werde man sich kritische Fragen gefallen lassen müssen, allerdings hätte die praktische Anwendung nach so kurzer Zeit gezeigt, dass der Versuch als gescheitert anzusehen sei. In den Wohngebieten sei die Belastung unerträglich und führe dort sogar zu einer Beeinträchtigung der Verkehrssicherheit. Einzelhändler klagten über Einnahmeverluste und auch der Imageschaden, der der Stadt entstehe, sei nicht von der Hand zu weisen. Er könne und wolle dafür nicht weiter die Verantwortung übernehmen. Ein Hinausschieben der Entscheidung bis nach der Sommerpause sei nicht hinnehmbar. Notfalls werde er eine Sondersitzung des Rates fordern. Zwar habe die Verwaltung in der heutigen Sitzung des Verwaltungsausschusses eine Modifizierung vorgelegt, was allein schon darauf hindeute, dass auch die Verwaltung den Versuch kritisch sehe, jedoch sei das entscheidende Problem, die Ofener Straße, bei dem Verwaltungsvorschlag unberücksichtigt geblieben. Um die Position der CDU-Fraktion zu unterstützen fordere er die Bürgerinnen und Bürger auf, Druck zu machen. Um deren Meinungen und Erfahrungen zur Einbahnregelung abzufragen, habe die Fraktion ab 17.30 Uhr eine E-Mailadresse „wegmitdereinbahnregelung@dobbenviertel.de“ eingerichtet.

Ratsherr Krummacker beantragt für die FDP-Fraktion den Verweis in den Fachausschuss und plädiert dafür, die vorliegenden Zahlen mit den Fachleuten im Fachausschuss zu erörtern. Er erinnert daran, dass die FDP-Fraktion den Verkehrsversuch schon immer kritisch gesehen habe, trotzdem müsse man die Beratungsergebnisse des Fachausschusses abwarten. Ein Ergebnis sei jetzt noch nicht absehbar. Im Übrigen kenne er als Vorsitzender des Fachausschusses bisher nicht die von der Verwaltung vorgelegte Modifizierung.

Um möglicherweise aber keine unnötige Zeit für eine endgültige Entscheidung zu verlieren, ergänze die FDP-Fraktion den zuvor mündlich gestellten Antrag auf Verweis um folgende Formulierung: „Der Rat ermächtigt den Verwaltungsausschuss bezüglich des Modellversuchs Einbahnregelung auf dem Theaterwall auf Basis der Beratung im Verkehrsausschuss abschließend zu entscheiden“.

Der schriftliche Antrag (**Anlage 20**) wird dem Ratsvorsitzenden übergeben.

Ratsvorsitzender Nehring stellt nach kurzer Rückfrage bei Ratsherrn Krummacker fest, dass trotz vorliegendem Geschäftsordnungsantrag mit der Debatte fortgeföhren werde und der Verweisungsantrag am Ende der Debatte zur Entscheidung kommen könne.

Ratsherr Tambke führt aus, dass sich die SPD-Fraktion dem Antrag der FDP anschließe. Eine verantwortungsvolle Entscheidung könne nur nach eingehender sachlicher Diskussion im Fachausschuss erfolgen. Im Übrigen kritisiere er den Aktionismus und die Stimmungsmache der CDU zu diesem Thema.

Ratsherr Drieling kritisiert, dass mit dem Verkehrsversuch in dieser Form erreicht werden solle, die Autos aus der Innenstadt zu verbannen, da den Autofahrern durch die nun entstehenden Verkehrsstaus das zügige Fahren unnötig erschwert werde. Neben den weiteren bestehenden Beeinträchtigungen für die Anwohner und Schüler sei die „Umerziehung“ der Autofahrer gescheitert, da nur wenige auf den ÖPNV umsteigen würden. Er erinnert auch daran, dass der CDU-Stadtbezirksverband Nordwest seinerzeit vergeblich Einwendungen zum VEP bezüglich der Verkehrsführung Theaterwall/Wallring geltend gemacht habe. Der Verkehrsversuch sei gescheitert und daher umgehend zu beenden. Er beantragt namentliche Abstimmung.

Ratsfrau Müller ist der Meinung, eine Beratung im Verkehrsausschuss sei unumgänglich, zumal das Zahlenmaterial erst jetzt vorliege. Im Übrigen müsse man die Akteure und Fachleute einbinden, die bei der Konzeption beteiligt waren, um mit ihnen eine eventuelle Verbesserung zu besprechen. Einen auf 6 Monate angelegten Versuch könne man nicht nach nur 4 Wochen ohne deren Beteiligung beenden.

Ratsfrau Gayk stimmt einer sofortigen Beendigung des Verkehrsversuches nicht zu. Es sei viel zu verfrüht, um Aussagen über Erfolg oder Misserfolg zu treffen. Zum nächsten Verkehrsausschuss lägen Zahlen und Änderungsvorschläge der Verwaltung vor. Damit sei den beteiligten Gremien ein objektives Meinungsbild möglich. Von dem Aufbegehren der Bürgerinitiative und den Leserbriefen solle man sich in seiner Entscheidung nicht leiten lassen. Neue Situationen erforderten immer eine gewisse Umgewöhnung. Auch nach Aussagen der Polizei verzeichne man nach anfänglichen Schwierigkeiten keine größeren Auffälligkeiten mehr.

Ratsherr Klarmann stellt fest, dass die CDU gerade vor dem Hintergrund der Aktivitäten der Bürgerinitiativen die sofortige Einstellung beantragt habe und den Antrag aufrecht erhalte. Dass ein Hannoveraner Planungsbüro jahrelang an der Konzeption des VEP gearbeitet habe und die Verwaltung nun bereits nach vier Wochen des Verkehrsversuches Einbahnregelung Nachbesserungen vorlegen müsse, zeige ihm, dass der Versuch gescheitert sei. Der Antrag der FDP bedeute für ihn, dass nach Beratung im Verkehrsausschuss umgehend eine Sitzung des Verwaltungsausschusses stattfinden werde, wobei der Verkehrsversuch dann beendet werde. Er sehe nicht die Notwendigkeit, diese Entscheidung zu verzögern. Im Übrigen habe der Rat den VEP beschlossen und müsse den Versuch damit auch beenden. Ob die Entscheidung in den Verwaltungsausschuss verwiesen werden könne, sei für ihn fraglich.

Ratsherr Dr. Knake führt aus, dass der Abbruch des Versuches, der unstrittig neue Probleme geschaffen habe, die Verkehrsprobleme um den Innenstadtring nicht lösen werde. Er warne allerdings davor, künftig jegliche Einbahnversuche auszuschließen. Er könne sich, wie in anderen Städten mit Erfolg praktiziert, auch größere Lösungen bzw. Versuche für Oldenburg vorstellen. Er gehe davon aus,

dass der Antrag der FDP-Fraktion genehmigt werde und so der bewährte Sachverstand des Fachausschusses eingebracht werden könne.

Ratsherr Dr. Pade erläutert, dass Versuche Planungen seien, etwas Neues auszuprobieren, man aber nicht immer ein Erfolg im Ergebnis vorweisen könne. Es müsse bei Versuchen immer die Möglichkeit zur Nachbesserung geben, die hier durch Auswertung und Interpretation durch den Fachausschuss der jetzt vorliegenden Zahlen möglich sei. Er erinnert an den Zweck des Verkehrsversuches, nämlich der Verbesserung der Situation der Radfahrer und Fußgänger, der Förderung des ÖPNV und schließlich auch der Verbesserung der Verkehrsführung um den Innenstadtring. Bei der Erreichung aller Ziele käme es zwangsläufig zu Konflikten. Er beantragt, die Beschlussfassung über die Einstellung des Verkehrsversuches nicht dem Verwaltungsausschuss, sondern dem Rat zu überlassen.

Ratsherr Adler weist darauf hin, dass auch die bisherige Verkehrsführung im Bereich Theaterwall gefährlich gewesen sei und eine neue Situation immer einen gewissen, auch längerfristigen Gewöhnungsprozess, erfordere. Für die endgültige Entscheidung fordere er daher Zeit und Besonnenheit und keine ideologisch geladene Debatte.

Ratsherr Norrenbrock hält den Verkehrsversuch in dieser Form für nicht gelungen und argumentiert, man habe in Anlehnung an die üblichen Kreisverkehre die Regelung in die andere Fahrtrichtung durchführen müssen, wobei nach seiner Auffassung durch weniger Ampeln und Kreuzungen der Verkehr zügiger fließen würde. Trotz einiger Kritik an dem Planungsbüro plädiere er aber dafür, die Fachleute und somit den Verkehrsausschuss in die weiteren Entscheidungen einzubinden, zumal der Fachausschuss bereits in zwei Tagen tate.

Ratsherr Müller hält es für die Pflicht einer jeden Fraktion, sich der Sorgen und Nöte Anderer anzunehmen. Dies gelte auch für das Thema Einbahnregelung. Er habe kein Verständnis für das abwartende Verhalten der SPD-Fraktion, die ja sehr wohl sachliche und fachliche Fehler im Zusammenhang mit dem Verkehrsversuch eingestanden habe. Seine Fraktion plädiere dafür, eingestandene Fehler so schnell wie möglich zu beenden. Auch die im Verwaltungsausschuss vorgelegten Nachbesserungen der Verwaltung ließen keine andere Entscheidung zu. Im Übrigen sehe er durch die geplanten Kanalbauarbeiten in der Roonstraße einen Widerspruch in der Umsetzung der in der Modifizierung vorgestellten durchgängigen Öffnung der Cäcilienstraße. An Ratsherrn Dr. Knake gerichtet dementiert er, künftig grundsätzlich Einbahnregelungen auszuschließen. Es werde immer unter Abwägung der Vor- und Nachteile entschieden.

Oberbürgermeister Schütz äußert, er habe für den Unmut der Bürgerinitiative vollstes Verständnis und sehe den Verkehrsversuch in der jetzigen Form als gescheitert an. Dennoch müsse man nach Lösungen suchen und diese unter Berücksichtigung der jetzt vorliegenden Daten und Fakten erarbeiten. Daher plädiere er dafür, den Fachausschuss einzubinden. Er erinnert daran, dass der Verkehrsversuch auch positive Ergebnisse erbracht habe, beispielsweise die Sicherheit des Fahrradweges am Theaterwall, die Verbesserung der Situation der Bushaltestelle am Julius-Mosen-Platz und die entspannte Verkehrssituation Burgstraße/Theaterwall. Dagegen stünden die negativen Auswirkungen, wie die Verdrängung des Verkehrs in Wohngebiete und die erheblichen Rückstaus und der

stockende Verkehrsfluss. Die Verwaltung habe in der heutigen Sitzung des Verwaltungsausschusses verschiedene Modifizierungen des Einbahnversuches, z. B. die Öffnung der Cäcilienstraße und ein Beginn der Einbahnregelung erst ab der Roonstraße, vorgelegt. Dies und auch das jetzt vorliegende umfangreiche Zahlenmaterial dürfe bei der Entscheidung nicht unberücksichtigt bleiben, so dass eine heutige Entscheidung im Rat nicht sachgerecht sei. Die Beratung im Verkehrsausschuss sei unumgänglich, um sich ein genaueres Bild zu machen. Im Übrigen habe er keine Bedenken, den Verwaltungsausschuss abschließend entscheiden zu lassen, da eine solche Entscheidung nicht in die ausschließliche Zuständigkeitsregelung des Rates gemäß § 40 Abs. 1 NGO falle.

Stadträtin Opphard erläutert zu dem kritisierten Widerspruch der Modifikation mit den geplanten Baumaßnahmen in der Roonstraße, dass sich diese Maßnahme verzögert habe, allerdings seien in diesem Jahr weitaus geringfügigere Baumaßnahmen zu erwarten als ursprünglich angedacht. Dies werde im Verkehrsausschuss näher vorgestellt.

Ratsvorsitzender Nehring weist zum weiteren Verfahren darauf hin, dass aufgrund des vorliegenden Geschäftsordnungsantrages die beantragte namentliche Abstimmung über den Antrag der CDU entfalle und er den Verweisungsantrag der FDP als Geschäftsordnungsantrag zuerst und getrennt von dem Ermächtigungsantrag entscheiden lasse. Damit erübrige sich auch die Entscheidung über den Antrag, den Rat abschließend entscheiden zu lassen.

Nachdem keine Einwände erhoben werden, werden folgende Beschlüsse gefasst:

„Die abschließende Entscheidung über den Verkehrsversuch Einbahnregelung Theaterwall soll auf Grundlage der Beratung im Verkehrsausschuss erfolgen“

- mehrheitlich bei 13 Gegenstimmen -

„Der Rat ermächtigt den Verwaltungsausschuss abschließend über den Verkehrsversuch Einbahnregelung Theaterwall zu entscheiden“

- mehrheitlich bei 9 Gegenstimmen -

Nehring  
Ratsvorsitzender

Schütz  
Oberbürgermeister

Jerke  
Protokollführerin